

Hubertus-Schützen bangen um Pachtvertrag

Der Verein Hubertus ist in der Klemme. Im nicht endenden wollenden Streit um die Sanierung seiner Schießanlage gibt es ein neues Problem: Die Bayerischen Staatsforsten wollen den Pachtvertrag nur verlängern, wenn der Zwist mit den Anwohnern ausgeräumt ist. Aber die Fronten sind verhärteter denn je.

VON BRIGITTA WENNINGER

Ein Konsens muss her, so viel ist klar. Das geht aus einem Antwortschreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an den Landtagsabgeordneten Ludwig Wörner (SPD) hervor. Zwar hätten die

Bayerischen Staatsforsten einen Neuzuschnitt des Grundstücks in Aussicht gestellt, dies sei jedoch nicht gleichbedeutend mit einer Verlängerung des Vertrages, heißt es darin. Sie erfolge nur, „wenn die öffentlich-rechtlichen Voraussetzungen für eine umweltgerechte Neuplanung des Schießgeländes vorliegen und ein tragbarer Kompromiss bezüglich der Anwohnerinteressen hergestellt wurde“.

Fragt sich nur wie. Die Bürgerinitiative (BI) „Forstenrieder Park ohne Schießanlage“ hat im Bezirksausschuss (BA) erneut klargestellt, dass sie nur bedingt kompromissbereit sei. Zum Beispiel lehnt sie die seit kurzem geplante Erweiterung der Anlage im Süden rigoros ab. BI-Vertreter hatten beobachtet, dass Kugeln über den Zaun flogen. Der Verein will die Situation



Seit vielen Monaten umstritten: Der Umbau der Schießanlage „Hubertus“ im Forstenrieder Park.

FOTO: KRUSE

ändern, indem er einen knapp ein Hektar großen Sicherheitsbereich einzäunt. „Dagegen werden wir Sturm laufen“, kündigte der BI-Vorsitzende Heinz Kuhnert an.

Der Anwalt des Vereins, Benno Ziegler, erklärte indes,

dass es keine Alternative gebe. Eine Netzkonstruktion als Kugelfang sei mit 20 Metern zu hoch und unansehnlich. Die Baukosten – rund 750 000 Euro – überstiegen die finanziellen Möglichkeiten des Vereins. Auch andere Forderungen der

Bürger könne der Verein Hubertus aus finanziellen Gründen nicht erfüllen.

Die von der BI verlangte fugendichte Einhausung des Kugelstandes etwa ist laut Ziegler mit rund 1,7 Millionen Euro doppelt so teuer wie die vom Verein vorgesehene Rasterschallschutzdecke. Letztere sei für Jägerprüfungen erforderlich und in Sachen Lärmschutz ausreichend, sagt Ziegler. „Wir halten die Grenzwerte für reine Wohngebiete ein.“

Ziegler versuchte, zumindest den Bezirksausschuss „als demokratisch legitimiertes Organ der Bürger“ zu einer wohlwollenden Stellungnahme zu bewegen. Die Mehrheit der Mitglieder weigerte sich jedoch, einem von Ziegler vorgelegten Konsenspapier zuzustimmen. Das Thema wurde in die März Sitzung ver-

tagt, der BA will sich die Details zunächst genauer ansehen.

Schützen-Anwalt Benno Ziegler hat nur bedingt Verständnis für den Klärungsbedarf. „Wir erfüllen alle Punkte, die der Bezirksausschuss vor einem Jahr gefordert hat.“ Detaillierte Pläne könnten nicht vorgelegt werden, ein neuer Antrag für das immissionschutzrechtliche Genehmigungsverfahren beim Landratsamt sei noch nicht ausgearbeitet. „Die Kosten dafür bewegen sich im oberen fünfstelligen Bereich.“ Der Verein wolle nicht ins Blaue hinein investieren. Ziegler verglich das Ganze mit der Frage, ob zuerst das Ei oder die Henne da war. Die Schützen jedenfalls bräuchten erst einmal die Gewissheit, dass sie das Grundstück auch nach 2015 nutzen können.